

Polavaram-Projekt enturzelt Stammesangehörige und deckt Lücken in Regierungsführung und Entschädigung auf



Von Dr. Palla Trinadha Rao (31.7.2025)

Der Bau des Polavaram-Bewässerungsprojekts am Godavari-Fluss hat zu einer massiven Vertreibung von Stammesgemeinschaften aus den ehemaligen Verwaltungsgebieten von acht Mandalen geführt, die heute zu den Distrikten Eluru und Alluri Sitarama Raju (ASR) in Andhra Pradesh gehören.

Das Projekt hat 373 Siedlungen in 222 Zolldörfern betroffen und 96.660 durch das Projekt vertriebene Familien (PDFs) vertrieben.

Davon wurden 38.060 Familien aus 172 Siedlungen umgesiedelt. Davon wurden 12.797 Familien – darunter 8.589 Familien der Scheduled Tribes (ST), 827 der Scheduled Castes (SC) und 3.381 Familien anderer Herkunft – in Rehabilitations- und Umsiedlungskolonien (R&R) angesiedelt. Weitere 24.791 Familien, darunter 9.963 STs, 2.951 SCs und 11.877 Nicht-STs/SCs, sollen laut Regierungsunterlagen bis März 2026 umgesiedelt werden.

Während die physische Umsiedlung schrittweise voranschreitet, konnte die rechtliche und administrative Integration der R&R-Kolonien nicht Schritt halten. Diese Kolonien, die teilweise nach den ursprünglichen Dörfern benannt, teilweise neu gegründet wurden, fallen weder unter den Andhra Pradesh Panchayat Raj Act von 1994 noch unter den Panchayats (Extension to Scheduled Areas) Act (PESA) von 1996.

Dadurch ist ein Rechtsvakuum entstanden, das den vertriebenen Familien ihre grundlegenden Rechte auf Selbstverwaltung und Bürgerrechte vorenthält. Im Devipatnam Mandal im ASR-Distrikt beispielsweise wurden laut einer Antwort auf das Informationsrecht vom 26. November 2024 5.618 Familien – 3.093 Stammesangehörige und 2.525 Nicht-Stammesangehörige – aus 13 Zolldörfern vertrieben. 36 R&R-Siedlungen wurden für ihre Wiederansiedlung errichtet. Mit Ausnahme einer Siedlung in einem nicht-gelisteten Gebiet fallen die übrigen unter das geplante Gebiet der Steuerbehörde Rampachodavaram. Familien aus dem Zolldorf Kondamodaluru wurden in Siedlungen wie Pedabhimpalli-3, Neladonelapadu, Neladonelapadu-2 und Krishnuniapalem mit insgesamt über 2.000 Einwohnern umgesiedelt.

Trotz dieser umfassenden Vertreibung wurden diese Siedlungen nicht offiziell zu Steuerdörfern oder anerkannten Gram Panchayats erklärt. Die Bewohner haben keinen Zugang zu grundlegenden Bürgerrechten wie Wählerregistrierung und Beteiligung an der lokalen Verwaltung. Ironischerweise werden Gram Sabhas weiterhin im Namen verschwundener Dörfer geführt, die es nicht mehr gibt. Dadurch werden die vertriebenen Stammesfamilien faktisch aus dem Regierungsapparat entfernt.

Dieses administrative Vakuum hat zu wachsender Unruhe geführt. Die Agentur Girijan Sangham fordert gemeinsam mit anderen Basisorganisationen die Schaffung neuer Gram Panchayats in den R&R-Siedlungen. Diese Gruppen argumentieren, dass ohne offizielle Anerkennung der verfassungsmäßige Schutz, der den Stammesgemeinschaften durch PESA und verwandte Gesetze garantiert wird, nicht gewährleistet sei.

Insbesondere die GO Ms. Nr. 63 (Februar 2019) des Panchayat Raj Department von Andhra Pradesh legt klare Kriterien für die Einrichtung neuer Gram Panchayats in Stammesiedlungen, einschließlich Thandas, fest. Jede Siedlung mit mehr als 500 Einwohnern, davon mindestens 100 STs, und die sich im Umkreis von zwei Kilometern um ein bestehendes Gram Panchayat-Hauptquartier befindet, hat Anspruch auf eine solche Anerkennung. Trotz dieser Ermächtigungsbestimmung hat die Regierung sie im Zusammenhang mit der vertriebenen Bevölkerung von Polavaram bisher nicht umgesetzt.

Neben Regierungsversagen bleibt ein wichtiger Aspekt der Rehabilitierung unberücksichtigt: die Entschädigung für Waldflächen, die nach dem Forest Rights Act (FRA) von 2006 erworben wurden. Viele vertriebene Stammesfamilien hatten sich vor ihrer Vertreibung individuelle oder gemeinschaftliche Besitzansprüche auf Waldflächen gesichert. Diese Rechte sind durch den Right to Fair Compensation and Transparency in Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement Act von 2013 (LARR Act) geschützt, der die Definition des „Grundbesitzers“ in Abschnitt 3(r)(ii) erweitert und nun auch Personen einschließt, denen nach dem FRA Waldlandtitel zuerkannt wurden.

Offiziellen Aufzeichnungen zufolge erhielten 2.372 Adivasi-Bauern aus 123 Siedlungen Podu Pattas über 2.500 Hektar Waldland im Überflutungsgebiet. Das LARR-Gesetz erkennt auch die Waldrechte der Gemeinschaft an und schreibt Entschädigungen für deren Verlust vor. Gemäß Paragraph 42(3) muss der Wert dieser kollektiven Rechte monetarisiert und unter der betroffenen Bevölkerung verteilt werden.

Im Jahr 2019 informierte die Regierung von Andhra Pradesh das Parlament, dass im Polavaram-Überflutungsgebiet 167 Gemeinschaftsansprüche mit einer Fläche von über 28.000 Hektar zur Anerkennung ausgewählt worden seien. Im selben Jahr betonte die Nationale Kommission für registrierte Stämme (NCST) bei einem Besuch vor Ort die Notwendigkeit einer transparenten Formel zur Bewertung und Entschädigung des Verlusts von Waldrechten.

Die Landesregierung muss dringend eine Standardarbeitsanweisung (SOP) für die Bewertung und Auszahlung von Entschädigungen für im Rahmen des FRA erworbene Waldflächen entwickeln. Diese SOP muss sowohl mit dem FRA als auch mit dem LARR-Gesetz vereinbar sein. Sie sollte klare Mechanismen für die gerechte Verteilung der Entschädigungen für gemeinschaftlich genutzte Flächen enthalten und die Zustimmung und Beteiligung der Gram Sabhas bei der Festlegung der Grundstückswerte und Verteilungsmodalitäten sicherstellen.

Das Polavaram-Projekt veranschaulicht deutlich, wie große Infrastrukturinitiativen indigene Gemeinschaften marginalisieren können, wenn verfassungsmäßiger und gesetzlicher Schutz nicht gewährleistet wird. Die fehlende Integration der R&R-Kolonien in die lokale Verwaltung, die Verzögerung bei der Bildung von Gram Panchayats und die Verweigerung von Entschädigungen für Waldrechte sind nicht nur Verwaltungsversäumnisse – sie verstoßen gegen Gerechtigkeit und Menschenwürde.

Die Wahrung der Rechte vertriebener Stammesgemeinschaften erfordert dringende Korrekturmaßnahmen. Die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die Regierungsführung, die Umsetzung gesetzlicher Entschädigungsmechanismen und die Gewährleistung demokratischer Teilhabe sind keine Option – sie sind verfassungsrechtliche Vorgaben.

Link Quelle: <https://www.counterview.net/2025/07/polavaram-project-uproots-tribals.html>